

## Deutsches Kriegsverbrechen 2009



### Der Kommentar



10.12.2009: Jetzt ist es also auch regierungsamtlich erwiesen: Die Bundeswehr ist an einem Kriegsverbrechen in Afghanistan maßgeblich beteiligt. Dieses Verbrechen ist durch nichts zu rechtfertigen. Es gab weder militärische noch sonstige Gründe für den Befehl zum Abwurf von Bomben, die das einzige Ziel hatten, Menschen zu vernichten. Damit ist erneut erwiesen, dass der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan weder dazu taugt, Mädchen und Frauen in Afghanistan Menschenrechte zu gewähren, noch die Versorgungslage der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern. Es geht auch nicht um die Herstellung solcher Verhältnisse, unter denen es tatsächlich Lebensbedingungen, die den Namen verdienen, in Afghanistan geben soll.

Auch dieser Krieg ist in der Logik der imperialistischen Kriege des 20. Jahrhunderts. Es geht um den Einfluss in dieser Region, auch um Rohstoffe, Verkehrs- und Transportwege, letztendlich um den Machterhalt weltweit für das transnationale Kapital, dessen Ziel es ist Maximalprofit zu erhalten. Dabei zählen weder Menschenleben noch Moral oder Skrupel irgendwelcher Art.

Der diesjährige Kasseler Friedensratschlag hat viele Anregungen gegeben, den Zusammenhang Krise – Krieg – Kapitalismus zu durchdenken und daraus Schlussfolgerungen zu ziehen. Die Friedensbewegung hat bereits bisher einen großen Anteil an der Politisierung des Problems Krieg – Frieden. Es ist aus meiner Sicht gut und richtig, wenn jetzt auch stärker die gesellschaftspolitische Dimension diskutiert wird, geht es doch darum, gesellschaftspolitische Zukunftsverhältnisse zu denken, die Kriege ausschließen. Ermutigend ist auch das Signal aus Kassel, die Aktionsorientierung beizubehalten und weiter zu entwickeln und dass trotz schwieriger Bedingungen. Es ist ein Widerspruch, dass ca. 70 Prozent der Bevölkerung gegen den Afghanistaneinsatz sind und die Friedensaktivitäten selbst kaum Zulauf gewinnen.

Wie gravierend solche Entwicklungen sein können, zeigt sich am Beispiel der USA. Auch dort gibt es eine erwiesene Mehrheit, die gegen den Afghanistankrieg ist. Präsident Obama verstärkt dagegen den Militäreinsatz, versucht durch eine vage Ankündigung eines Truppenabzugs in anderthalb Jahren den Eindruck zu erwecken, als diene dieser verschärfte Krieg einer Friedenslösung. Soweit bekannt, kommt es gegen die Verschärfung nicht zu erneuten Massenaktionen und Massenbewegungen der US-Friedensbewegung, obwohl gerade jetzt die ungeheuren Rüstungskosten dringend gebraucht würden für soziale Aufgaben.

Aus dieser Entwicklung in den USA gilt es zu lernen. Es gibt keine denkbare Alternative zur weiteren Formierung und Politisierung der außerparlamentarischen Bewegung. Wenn die Mehrheitsmeinung sich in eine neue Quantität und Qualität von friedensbewegten Massenaktionen umsetzt, dann wird zumindest auf diesem Feld ein Politikwechsel möglich. Dafür zu wirken ist eine große Herausforderung, der gerade wir Kommunistinnen und Kommunisten sich stellen sollten.

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP